

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FDP, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, DIE LINKE und der CDU

First Things First: Physische und psychische Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche interdisziplinär beraten!

Mehr als ein Jahr Pandemie liegt hinter uns. Viele gesellschaftliche Auswirkungen werden erst jetzt sichtbar und können nicht ignoriert werden. Schon lange mahnen Kinder- und Jugendärzt:innen oder Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe vor den gesundheitlichen Folgen der Corona-Pandemie für die Jüngsten in unserer Gesellschaft. Dabei fokussieren sie weniger auf die unmittelbare Erkrankung mit dem Virus und daraus resultierende gesundheitliche Beeinträchtigungen als viel eher auf die physischen und psychischen Auswirkung des Lock-Downs mit der Schließung von Kitas und Schulen, der Beschränkung der sozialen Kontakte und der vielfachen Einschränkungen im Freizeitbereich. Inzwischen belegen auch Studien die traurige Einschätzung der Expert:innen des Alltags: Das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf legt eine Studie vor, nach der jedes dritte Kind während der Corona-Pandemie psychische Auffälligkeiten entwickelt hat. Die CO-PSY-Längsschnittstudie zeigt die Zunahme von Konzentrations-, Ess- und Angststörungen, aber auch den Anstieg von Suizidgedanken und -versuchen bei Kindern und Jugendlichen. Die Forscher:innen des Universitätsklinikums mahnen außerdem vor einer hohen Dunkelziffer von Kindesmisshandlungen. Die Zunahme der häuslichen Gewalt laut Bremer Polizeilicher Kriminalstatistik um 15,8 Prozent im Pandemiejahr 2020 spricht eine ähnliche Sprache. Das Erleben von häuslicher Gewalt – am eigenen Leib oder gegen eine Bezugsperson – hat immer Auswirkungen auf die soziale, emotionale und kognitive Entwicklung.

Hier gilt es, ausreichend Unterstützungsangebote vorzuhalten, die Kinder und Jugendlichen im Umgang mit der Gewalterfahrung zu begleiten und damit verbundene Emotionen verstehen und benennen zu können. Es gilt, alle Hilfen zu mobilisieren, die zu einer emotionalen Entlastung der Betroffenen beitragen, um positiv auf die psychosoziale Entwicklung einzuwirken. Anfang März 2021 setzte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein deutliches Signal, die physischen und psychischen Auswirkungen auf die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen ernst zu nehmen. In einem digitalen Treffen mit acht 15-24jährigen jungen Menschen eröffnete sie den dringend notwendigen Diskurs und mahnt seitdem immer wieder an, dass es nicht nur um den verpassten Unterricht gehe. Neben den Bildungs- sind es für sie die Bindungslücken, die nachhaltig negative Auswirkungen auf die Gesundheit vieler Kinder und Jugendlicher hätten.

Angesichts der beschriebenen Entwicklung ist rasches Handeln gefragt. Die Kinder und Jugendlichen dürfen in der jetzigen Situation nicht allein gelassen werden. Gesellschaftliche Aufgabe muss es sein, die Auswirkungen der pandemiebedingten Einschränkungen auf die kognitive, emotionale und psychosoziale Entfaltung der Kinder und Jugendlichen zu erfassen, auszuwerten und weitere Maßnahmen zur Abfederung zu ergreifen. Grundsätzlich bleibt richtig: Solange es die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Pandemieentwicklung erlauben, sollten Kitas und Schulen, der Kinder- und Jugendsport sowie Freizeitangebote geöffnet bleiben. Denn die institutionelle Anbindung sowie der Präsenzunterricht sind die beste Prävention vor Vereinsamung, psychischer Belastung, häuslicher Gewalt und wachsender Bildungsungerechtigkeit.

Auf der Basis eines rasch einberufenen digitalen Krisengipfels, der die verschiedenen Akteur:innen – Politiker:innen, Expert:innen aus Wissenschaft, Verbänden, Kinderärzt:innen, Kinderpsycholog:innen, Mitarbeiter:innen der Jugendämter, Vertreter:innen der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Elternvertretungen und schließlich die Kinder und Jugendlichen selbst – zusammenbringt, gilt es, die gemeinsamen Anstrengungen zu koordinieren, weitere Bedarfe auszuloten und schließlich entsprechende Angebote zu organisieren, mit denen den Kindern und Jugendlichen gezielt und strukturiert geholfen werden kann.

Nach den Monaten der Kontaktbeschränkung und des reduzierten Umgangs miteinander muss wieder – so es das Pandemiegeschehen zulässt – das soziale Miteinander gestärkt werden. Sport und Spiel in der Gemeinschaft, die Erfahrung von Ausflügen, der gemeinsame Besuch außerschulischer Lernorte – alle diese Dinge können einen Beitrag dazu leisten, die negativen Folgen der Pandemie für die Kinder und Jugendlichen abzufedern. Dazu bedarf es einer bedarfsgerechten Ausstattung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Bürgerhäuser in den Stadtteilen, der Kinder- und Jugendfarmen und all dieser Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben begleiten und ihnen Chancen eröffnen.

Nicht nur die Kinder und Jugendlichen im Land Bremen leiden unter den Folgen der Pandemie. Deutschlandweit lässt sich ein ähnliches Bild der physischen und psychischen Auswirkungen zeichnen. Deshalb ist es wichtig, den Bund bei der Lösungsfindung und -umsetzung in die Verantwortung zu nehmen.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. möglichst kurzfristig einen digitalen Kinder-Corona-Gipfel einzuberufen, um mit relevanten Akteur:innen Bedarfe bei Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven zu identifizieren. Darauf aufbauend sollen weitere Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Dabei sind mindestens folgende Schwerpunktfragen zu behandeln:
 - a. Besteht der Bedarf an zusätzlichem psychologischen und pädagogischen Personal an den Bildungseinrichtungen, um digital und analog, während und nach der Pandemie die durch Corona entstandenen oder verschärften Beratungs- und Unterstützungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufzufangen?
 - b. Wäre eine niedrigschwellige Kampagne sinnvoll, die Kinder und Jugendliche, Eltern und Institutionen über Hilfsangebote informiert, und wenn ja, wie kann diese aussehen?
 - c. Sind die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, die offene Jugendarbeit sowie Einrichtungen des Kinderschutzes ausreichend ausgestattet, um möglicherweise erhöhten Bedarfen gerecht werden und um pandemiegerechte Angebote entwickeln zu können, und wenn nicht, welche weiteren Bedarfe gibt es?
 - d. Wie kann der aktuelle Bedarf an Therapie- und Betreuungsplätzen für Kinder und Jugendliche (z. B. in der Psychotherapie und Psychiatrie) erfasst und gegebenenfalls der Ausbau des Bremer Therapie- und Beratungsnetzwerkes vorangetrieben werden? Hier ist auch an interkulturelle und mehrsprachige Therapieangebote zu denken.

- e. Wie kann das Betreuungs-, Freizeit- und Lernangebot für die Ferienzeiten in den kommenden Jahren quantitativ und qualitativ für Kinder und Jugendliche ausgeweitet und pandemiefest aufgestellt werden?
 - f. Sind die Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche mit familiären Gewalterfahrungen ausreichend oder müssen sie in Umfang und Intensität angepasst werden?
 - g. Sind die Angebote für Kinder und Eltern in einzelnen Stadtteilen und Quartieren bedarfsdeckend, auch im Hinblick auf Mehrsprachigkeit und interkulturelle Aspekte?
 - h. Muss in Stadtteilen und Quartieren mit einer hohen Armutsquote zusätzliches psychologisches und pädagogisches Personal in den Häusern für Familien sowie Stadtteil- und Familienzentren zur Verfügung gestellt werden, um digital und analog, während und nach der Pandemie die durch Corona entstandenen oder verschärften Beratungs- und Hilfsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufzufangen?
2. nach drei Monaten der Deputation für Soziales und der Deputation für Kinder und Bildung vom Kinder-Corona-Gipfel ausführlich über Bedarfe und Maßnahmen zu berichten und künftig im Abstand von sechs Monaten über die Fortschritte in den jeweiligen Zuständigkeitsfeldern zu informieren.
 3. sich auf Bundesebene für ein bund- und länderübergreifendes Aktionsbündnis für Kinder- und Jugendgesundheit einzusetzen, welches weitere pandemiebedingten Bedarfe im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik auf Bundesebene identifiziert, zielgerichtet Maßnahmen koordiniert und die Länder in ihren Aktivitäten unterstützt.

Birgit Bergmann, Dr. Magnus Buhlert, Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP

Sofia Leonidakis, Miriam Strunge, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Petra Krümpfer, Ute Reimers-Bruns, Gönül Bredehorst, Eva Quante-Brandt, Birgitt Pfeiffer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Sandra Ahrens, Yvonne Averwieser, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU